



PUA

über die
4. Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses
am Donnerstag, dem 11.09.2008
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:30 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Oliver Bartosch
Frau Marion Dyduch
Herr Joachim Eckardt
Frau Astrid Gube
Herr Peter Holtmann
Herr Klaus Kasperidus
Herr Friedhelm Lipinski
Herr Jochen Müller
Herr Marco Pincus
Frau Lana Schnack
Herr Volker Sekunde
Herr Udo Theimann

CDU

Herr Karsten Diederichs-Späh
Herr Dirk Ebbinghaus
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Herr Reinhard Hasler
Herr Heinrich Kissing
Herr Marc Nathmann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Anke Schneider

FDP

Herr Peter Büchel

BG (neu)

Herr Dieter Kloß

Sachverständige gem. Beschluss des Umweltausschusses
Herr Heinrich Hellekemper

Ortsvorsteher
Herr Heinz Henning

Verwaltung
Herr Jochen Baudrexl
Herr Matthias Breuer
Herr Karsten Harrach
Frau Monika Holtmann
Herr Uwe Liedtke
Herr Reiner Steffen

Gäste
Herr Kühnert, Ing.-Büro Kühnert

Entschuldigt fehlten
Frau Ingrid Borowiak
Herr Dieter Drescher
Herr Andreas Friedhoff
Frau Rosemarie Gerdes
Herr Michael Krause
Herr Hartmut Madeja
Herr Herwig Rabeneck
Herr Klaus Slomiany
Herr Karl-Heinz Stoltefuß
Herr Wilfried Wiese

Herr **Lipinski** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung, begrüßte die Anwesenden, insbesondere die Zuhörer sowie die Vertreter der Presse und stellte die Beschlussfähigkeit fest.
Folgende Änderung zur Tagesordnung wurde auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beschlossen:

Beschlussvorschlag:

Der Tagesordnungspunkt 11 der Einladung „Folgen des neuen Ökostrom-Tarifs der GSW für die Stadt Kamen, Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 28.08.2008“ wird auf TOP 4 vorgezogen. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte 4 bis 10 verschieben sich jeweils um eine Position.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Herr **Kissing** erklärte sich für die CDU-Fraktion damit einverstanden, dass die Tagesordnungspunkte 9 (neu) und 10 (neu) zusammenhängend beraten werden.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Planung Bahnhofsumfeld; Beschluss der vorgestellten Planung / Objektbeschluss / Grundsatzentscheidung Parkhaus	084/2008
2	Unterführung Poststraße/Unnaer Straße Antrag der SPD-Fraktion vom 29.08.2008	
3	Parkhaus Kämerstraße Antrag der SPD-Fraktion vom 27.08.2008	
4	Folgen des neuen Ökostrom-Tarifs der GSW für die Stadt Kamen Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 28.08.2008	
5	Investitionspakt zur energetischen Erneuerung sozialer Infrastruktur in den Gemeinden in Nordrhein-Westfalen Information zum Förderprogramm, Projektanmeldungen der Stadt Kamen sowie Beschlussfassung zu den angemeldeten Projekten	
5.1	Objektbeschluss Gymnasium	086/2008
5.2	Objektbeschluss Brüder-Grimm-Schule	087/2008
6	Erlass einer Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Kamen Innenstadt V" der Stadt Kamen	078/2008
7	Erlass einer Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Methler Nebenzentrum" der Stadt Kamen	079/2008
8	Erlass einer Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Heeren-Werve Stadtteilzentrum" der Stadt Kamen	080/2008
9	Entwicklung von Logistikflächen im Ostfeld (Bergkamen) Antrag der CDU-Fraktion vom 28.08.2008	
10	- Aufhebung der 12. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Bergkamen im Stadtteil Weddinghofen - Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. WD 102 "Gewerbepark an der "B 61-Ostfeld" - 25. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Bergkamen im Stadtteil Weddinghofen - Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. WD 116 "Logistikpark A 2" hier: Stellungnahme der Stadt Kamen im Rahmen der Beteiligung der Nachbargemeinden nach § 2 (2) BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	085/2008
11	Technopark, Herbert-Wehner-Straße/Konrad-Zuse-Straße: Umbau weiterer Baumreihen	081/2008
12	Bauvorhaben im Stadtgebiet hier: Bericht der Verwaltung	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
084/2008

Planung Bahnhofsumfeld;
Beschluss der vorgestellten Planung / Objektbeschluss / Grundsatzentscheidung Parkhaus

Zunächst wurde Herr Kühnert von Herrn **Lipinski** begrüßt.

Herr **Baudrexl** nahm Bezug auf die bereits im Vorfeld durchgeführte intensive Beschäftigung mit den einzelnen Bausteinen des Gesamtprojektes Bahnhofsumfeld in den Fraktionen sowie den vorangegangenen Sitzungen. In dieser Sitzung solle auf die Vorstellung von Planungsdetails bewusst verzichtet werden. Es ginge vielmehr um die grundsätzliche Beschlussfassung zu den Projekten als Ganzes. Gestaltungsdetails würden, wie z. B. auch bei der Wohnumfeldverbesserung Innenstadt praktiziert, zur gegebenen Zeit im Planungs- und Umweltausschuss besprochen und abgestimmt werden. Er informierte darüber, dass es der Verwaltung gelungen sei, in konstruktiven Gesprächen mit den jeweiligen Fördergebern, eine Förderzusage bereits schon für 2009 zu erhalten. Besonders hervorzuheben sei, dass nunmehr auch die ersten 200 Stellplätze in die Förderung mit einbezogen würden. Damit werde insbesondere die regionale Bedeutsamkeit des Projektes gewürdigt. In den vorangegangenen Sitzungen sei signalisiert worden, dass dieses bedeutsame Gesamtprojekt auch kommunalpolitisch von allen Seiten getragen werde. Um so irritierter sei er, dass nunmehr von der CDU-Fraktion eine differenzierte Abstimmung zu den 3 Bausteinen angestrebt werde und signalisiert wurde, dass einer der Bausteine (WUV Bahnhofstraße) des Gesamtprojektes nicht gewollt sei. Er wies auf die Bedeutsamkeit eines kommunalpolitischen Konsens in Anbetracht des Gesamtprojektes und insbesondere auch im Rahmen der Abwicklung der Fördermaßnahmen hin.

Frau **Dyduch** erklärte für die SPD-Fraktion, dass das Gesamtprojekt „Umgestaltung Bahnhofsumfeld“ einen weiteren großen Investitionsbaustein, auch ergänzend zur Wohnumfeldverbesserung nördlicher Stadtkern/Willy-Brandt-Platz, darstelle. Sie hob hervor, dass die Projekte

insgesamt zu einer Optimierung der Verkehrsführung und -lenkung sowie Förderung des ÖPNV führen und somit alle Verkehrsteilnehmer davon profitieren würden. Die Umgestaltung der Bahnhofstraße und der Netzschluss Innerer Ring würden zu einer Entzerrung der Verkehre führen. Die Bahnhofstraße werde nicht zu einer „Spielstraße“. Durch den Bau eines neuen, größeren Parkhauses werde der Parkdruck verringert und die umliegenden Wohnquartiere deutliche entlastet. Besonders begrüßte sie die für die Stadt Kamen sehr hilfreiche Ausweitung der Förderung auf alle Stellplätze des Parkhauses. Damit sei die große Bedeutung der Maßnahme auch durch den Fördergeber zum Ausdruck gebracht worden. Die bisher vorgestellte Gesamtplanung führe auch zu einer städtebaulichen Aufwertung und werde insgesamt positiv beurteilt. Trotz angespannter Haushaltslage sei es erforderlich, dass sich die Stadt weiterentwickle. Das Gesamtprojekt sei gut für Bürger, Wirtschaft und Arbeitsplätze. Ihre Fraktion werde die Planungen weiter begleiten und unterstützen.

Den Ausführungen von Frau Dyduch schloss sich Herr **Kühnapfel** an. Auch seine Fraktion begrüße die Planung. Er bezeichnete das Gesamtprojekt als „Meilenstein“ für die Förderung des ÖPNV. Auch einer Attraktivierung der Bahnhofstraße stimme die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ausdrücklich zu. Er zeigte sich irritiert von der Kritik der CDU-Fraktion bezüglich der Umgestaltung der Bahnhofstraße. Er brachte zum Ausdruck, dass ein einvernehmlicher Weg wünschenswert wäre. Seine Fraktion stimme dem Gesamtprojekt in Gänze zu.

Für die BG-Fraktion (neu) erklärte Herr **Kloß**, dass durch seine Fraktion das Bauvorhaben nach 3 Kriterien geprüft worden sei: der Haushaltsverträglichkeit, Dringlichkeit sowie dem Umfang der Kostenbeteiligung Dritter. Lediglich nach haushaltsbezogenen Überlegungen sei das Projekt abzulehnen. Im Ergebnis bliebe jedoch eine positive Beurteilung der Gesamtmaßnahme als Zukunftsinvestition.

Herr **Kissing** zeigte sich erfreut, dass die Baumaßnahme Bahnhofsumfeld schon 2009 beginnen könne. Er richtet seinen ausdrücklichen Dank an Minister Oliver Wittke. Die Prioritätensetzung bei der Vergabe von Fördermitteln habe sich positiv ausgewirkt. Diese Regierung verteile die Fördermittel nach Priorität und nicht nach dem Gießkannenprinzip. Seine Fraktion habe sich zwischenzeitlich mit den verschiedenen Aspekten der Planung beschäftigt. Bei der Bahnhofstraße werde ein funktionaler Entwurf bevorzugt. Nach Diskussion und Recherche sei für den Baustein „Parkhaus“ ein PPP-Modell nicht realistisch umzusetzen. Über Parkhäuser in Systembauweise habe seine Fraktion sich im Rahmen einer Exkursion informiert. Insgesamt erkenne auch er die Wichtigkeit dieses Projektes an. Es bedeute für Kamen eine städtebauliche Aufwertung. Da es sich bei der Bahnhofstraße um eine Kreisstraße handelt, erkundigte sich Herr Kissing, inwieweit eine Abstimmung mit dem Kreis Unna erfolgt sei.

Herr **Baudrexl** erklärte, dass sich die Verwaltung über die Bereitstellung der Fördermittel freue. Kernproblem sei die Förderung der ersten 200 Stellplätze gewesen. Zuständig für die abschließende Klärung und Entscheidung sei jedoch der NWL (Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe) als Fördergeber gewesen. Er habe gemeinsam mit dem Bürgermeister in dieser Sache ein Gespräch mit Minister Wittke geführt. Dieser habe auch die herausragende und wichtige Bedeutung des Kamener Bahnhofes und des damit verbundenen Gesamtprojektes gewürdigt, aber zuständigkeitshalber an den NWL verwiesen. Letztendlich sei über die

Förderung durch den NWL entschieden worden.

Zur Nachfrage von Herrn Kissing in Bezug auf die Abstimmung der Planungen Bahnhofstraße mit dem Kreis Unna, teilte Herr **Liedtke** mit, dass die Maßnahme mit diesem abgestimmt sei. Mit der Fertigstellung der K 40 n werde die Bahnhofstraße voraussichtlich zur Gemeindestraße zurückgestuft.

Daraufhin bemerkte Herr **Kissing**, dass der Stadt Kamen damit die Buchwerte erhalten blieben.

Herr **Hasler** erkundigte sich, ob die Umwidmung der K 40 Folgen für die Anlieger hinsichtlich der Straßenbaubeiträge habe.

Dazu führte Herr **Liedtke** aus, dass im Gegensatz zu einer klassifizierten Straße bei einer Gemeindestraße auch die Kosten für die Fahrbahn KAG-pflichtig seien. Derzeit werde nach aktuellem Stand die Frage der Erhebung von Straßenbaubeiträgen geprüft (pflichtig sind nur Gehwege, Parkstreifen). Zu berücksichtigen sei ebenfalls, dass die Stadt Kamen Hauptanlieger sei. Tendenziell entstehe keine KAG-Pflicht für die Maßnahme Bahnhofstraße.

Herr **Diederichs-Späh** bat um nähere Erläuterung des Punktes 3 der vorliegenden Beschlussvorlage.

Herr **Liedtke** verdeutlichte, dass diese Formulierung bewusst gewählt wurde, um zu einem späteren Zeitpunkt in Abstimmung mit dem Planungs- und Umweltausschuss Gestaltungsdetails, wie z. B. das Konstruktions-system für eine neues Parkhaus, festzulegen. Grundsätzlich erfolge jedoch die Entscheidung für Abriss des vorhandenen Parkhauses und Neubau eines Systemparkhauses mit +/- 400 Stellplätzen.

Herr **Kissing** regte in diesem Zusammenhang an, die Beschlussvorlage durch den Passus zu ergänzen: „Über den Baufortschritt und Gestaltungsdetails ist regelmäßig dem Planungs- und Umweltausschuss zu berichten.“

Dazu ergänzte Herr **Baudrexl**, dass der Projektbeschluss „Umgestaltung Bahnhofsumfeld“ in erster Linie die Funktion habe, den Fördergeber dahingehend zu informieren, dass die Umsetzung der Planung nicht nur Wille des Bürgermeisters sei, sondern vielmehr von den politischen Gremien getragen werde. Des Weiteren werde damit ein klares Signal gesetzt, dass die erforderlichen Eigenmittel im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zur Verfügung gestellt würden. Intention sei es, in Zusammenarbeit mit den politischen Gremien, entsprechend des jeweiligen Planungsstandes – wie auch bei der Umsetzung der Wohnumfeldverbesserung in der Innenstadt – Gestaltungsdetails abzustimmen.

In Zusammenhang mit Gestaltungsdetails regte Frau **Schneider** an, Querungshilfen im Bereich der Poststraße vorzusehen. Die Erfahrungen von der Sperrung der Bahnhofstraße anlässlich eines Konzertes hätten gezeigt, dass hier ein entsprechender Bedarf bestünde.

Herr **Kissing** erklärte für die CDU-Fraktion, dass diese dem Punkt 1 der Beschlussvorlage nicht in der Form zustimmen werde und forderte eine alternative Abstimmung. Insgesamt werde die Ausbauplanung für die Bahnhofstraße zwischen Sesekedamm und Koppelstraße abgelehnt. Hier solle nach Ansicht der CDU auf aufwendige Gestaltungsdetails, die über

eine Substanzverbesserung hinausgingen und für die Funktionalität der Straße nicht notwendig seien, verzichtet werden. Als Beispiel führte er die Borde im Bereich des Städt. Museums an.

Herr **Baudrexl** betonte, dass eine städtebauliche Aufwertung Voraussetzung für eine Förderung im Rahmen der Stadterneuerung sei. Er zeigte sich darüber irritiert, dass seitens der CDU nunmehr der Hinweis gegeben würde, dass auf Fördermittel in diesem Teilbereich gänzlich verzichtet werden solle, zumal sich die CDU im Rahmen der Diskussion der vorgestellten Varianten zur Bahnhofstraße ausdrücklich für den gradlinigen Verlauf ausgesprochen habe.

Dies wurde auch von Herrn **Liedtke** bestätigt. Die Verwaltung habe daraufhin die weiteren Planungen zu dieser Variante verfolgt und entsprechend der Ergebnisse der Sitzung diese weiterentwickelt und den Wünschen angepasst. Hervorzuheben sei, dass bei der nunmehr zugrunde liegenden Planung die Bahnhofstraße ihre Funktion als Straße behalte, keine grundsätzlichen Änderungen der Verkehrsführung erfolgen, ein niveaugleicher Vollausbau geplant sei mit beidseitigen Gehwegen, Parkständen und Bepflanzung. Die Planung würde insgesamt eine städtebauliche Aufwertung des Bereiches beinhalten.

Herr **Lipinski** wies nochmals darauf hin, dass Detailfragen, wie z. B. die Materialauswahl, noch im Planungs- und Umweltausschuss zu gegebener Zeit geklärt würden. Hier ginge es lediglich um den Objektbeschluss.

Herr **Hasler** betonte nochmals, dass die Funktionalität der Bahnhofstraße erhalten bleiben solle. Er habe den Eindruck, dass eine Druckkulisserie aufgebaut werde.

Herr **Baudrexl** entgegnete, dass nicht beabsichtigt sei, Druck aufzubauen. Unter Bezug auf die Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses im November 2007 sei einstimmig eine Wohnumfeldverbesserung für die Bahnhofstraße im Rahmen der Projektanmeldung „Metropole Ruhr“ durch den Planungs- und Umweltausschuss beschlossen worden. Damit sei auch beschlossen worden, dass entsprechende Fördermittel durch die Verwaltung beantragt werden sollen. Eine Baumaßnahme müsse gewisse Kriterien erfüllen, um Städtebauförderungsmitel in Anspruch nehmen zu können. Die Verwaltung habe lediglich ihre Arbeit getan. Die entsprechende, favorisierte Variante als Grundlage für die Planung „Wohnumfeldverbesserung Bahnhofstraße“ wurde weiterentwickelt. Er zeigte sich irritiert, dass nunmehr der Förderbaustein für das Projekt „Bahnhofstraße“ entfallen solle. In der Juni-Sitzung habe die CDU sich ausdrücklich für die gradlinige Variante der Umgestaltung der Bahnhofstraße ausgesprochen. Die Einwendungen seien nicht als Ablehnung der Variante aufgefasst worden, sondern vielmehr als Anregungen in die weitere Planung eingeflossen. Planung sei nicht starr – Gestaltungsdetails seien ausdrücklich noch zu besprechen. Er bot ausdrücklich an, nochmals den derzeitigen Planungsstand anhand von Plänen zu erläutern.

Nach kurzer Diskussion über die Abstimmungsvorschläge zu Punkt 1 der Beschlussvorlage schlug Herr **Eisenhardt** vor, diesen Punkt 1 alternativ ebenfalls in der Form abstimmen zu lassen, dass der Passus „und Umbau der Bahnhofstraße“ gestrichen werde.

Zunächst erfolgte die Abstimmung zu Punkt 1 entsprechend der Formulierung in der Beschlussvorlage.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die vorgestellte Planung zum Bahnhofsumfeld mit dem Baustein „Netzschluss Innerer Ring“ einschließlich des notwendigen Ausbaus der Poststraße sowie den Bausteinen „Optimierung des ÖPNV“ und „Umbau der Bahnhofstraße“ umzusetzen. Die Umsetzung steht unter dem Vorbehalt einer finanziellen Förderung durch das Land NRW.

Abstimmungsergebnis: bei 7 Enthaltungen einstimmig angenommen

Die Abstimmung über den geänderten Punkt 1 entfiel wegen dem vorherigen Abstimmungsergebnis.

2. Im Rahmen der Umgestaltung soll das Angebot an P+R-Stellplätzen am Kamener Bahnhof deutlich erweitert werden. Hierfür soll u.a. das vorhandene Parkhaus rückgebaut und durch ein Parkhaus mit etwa doppelter Kapazität in Systembauweise ersetzt werden.
3. Gestaltungsdetails, die die Grundzüge der Planung berühren, sind dem Planungs- und Umweltausschuss rechtzeitig zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Dies bezieht sich insbesondere auf die Bauweise bzw. das Konstruktionssystem eines neuen Parkhauses am Bahnhof.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, Fördermittel für die Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes sowie den Neubau eines Parkhauses in Systembauweise zu beantragen.

Abstimmungsergebnis zu Punkt 2 bis 4: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

Unterführung Poststraße/Unnaer Straße
Antrag der SPD-Fraktion vom 29.08.2008

Zunächst erläuterte Herr **Sekunde** den Antrag der SPD-Fraktion.

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich nach den Eigentumsverhältnissen der Unterführung.

Dazu gab Herr **Liedtke** an, dass das Trogbauwerk der Stadt Kamen gehöre, die Brücke der DB AG. Dementsprechend sei auch die Unterhaltung aufzuteilen.

Herr **Kühnapfel** wies darauf hin, dass die angesprochene Thematik nicht neu sei. Die geschilderten Defizite seien bekannt. Seine Fraktion werde den Antrag unterstützen.

Herr **Hasler** stimmte den Aussagen von Herrn Kühnapfel zu. Es würde ihn überraschen, wenn nunmehr aufgrund des SPD-Antrages eine Lösung für die Problematik gefunden würde, zumal diese ja bereits seit langem bekannt sei.

Herr **Lipinski** wies nachdrücklich darauf hin, dass der Antrag der SPD-Fraktion eine Überprüfung durch die Verwaltung erwarte. Die Diskussion von Lösungsansätzen und konkrete Maßnahmenvorschläge gelte es erst in weiteren Schritten anzugehen. Die Verwaltung würde im Planungs- und Umweltausschuss weiter dazu berichten.

Beschluss:

Der Planungs- und Umweltausschuss beauftragt die Verwaltung zu überprüfen, welche Möglichkeiten es gibt, die Fußgängerunterführung zwischen der Poststraße (Kamen-Mitte) und der Unnaer Straße (Kamen-Südkamen) unter Berücksichtigung der unten angeführten Defizite umzugestalten. Gleichzeitig sollen für mögliche Umgestaltungen die Kosten ermittelt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

Parkhaus Kämerstraße
Antrag der SPD-Fraktion vom 27.08.2008

Frau **Dyduch** wies darauf hin, dass die SPD-Fraktion mit der Einstellung des Tagesordnungspunktes in diese Sitzung, eine Aktualisierung zum bereits bekannten Thema „Parkhaus Kämerstraße“ anstrebe. Vor den Sommerferien sei zu der Thematik in der Presse berichtet worden. Ihre Fraktion bitte nunmehr um weitere Informationen, auch um ggf. weitere Entscheidungen zum Sachverhalt anzustoßen. Darüber hinaus sei die Beurteilung des Bauzustandes des Parkhauses Kämerstraße auch ein wichtiges Thema im Rahmen der Haushaltsplanberatungen.

Diesbezüglich erläuterte Herr **Baudrexl**, dass die grundsätzliche Sanierungsbedürftigkeit des Parkhauses gutachterlich festgestellt worden sei. In Kenntnis dessen sei für das Haushaltsjahr 2008 ein Betrag für die Sanierung des Parkhauses in Höhe von 800 T€ bereitgestellt worden. Die vorliegenden Ergebnisse der gutachterlichen Prüfung machen deutlich, dass die Substanzschäden größer sind, als im Vorfeld angenommen worden ist. Eine erste Kostenschätzung geht von Sanierungskosten in Höhe von ca. 1,3 Mio. € aus. Im Gutachten wird des Weiteren auf z. T. irreparable Substanzschädigungen hingewiesen. Aufgrund dieser Erkenntnisse stelle sich die Frage, ob an Stelle einer grundlegenden Sanierung hier Abriss und Neubau eines Systemparkhauses die bessere Variante sei. Dies sei im Rahmen der Haushaltsplanberatungen und Aufstellung des mittelfristigen Investitionsprogramms zu entscheiden. Er wies darauf hin, dass die Möglichkeit der Schließung aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht auszuschließen sei. Das Parkhaus bliebe unter Beobachtung. Eine genaue Prognose sei derzeit nicht möglich.

Auf Nachfrage von Herr **Ebbinghaus**, ob der Gutachter die Ursachen für die Schäden erläutert habe, erklärte Herr **Liedtke**, dass überwiegend durch Wasser- und Tausalzeinträge Schäden an der Konstruktion entstanden sind. Zum Zeitpunkt der Errichtung entsprach das Bauwerk dem aktuellen Stand der Technik. Heute gebe es Möglichkeiten, solche Schäden zu

verhindern.

Herr **Kloß** kritisierte den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion und bezeichnete diesen als „Scheinantrag“. Die entsprechende Info hätte sowieso durch die Verwaltung gegeben werden müssen. Die Verwaltung sei es dem Bürger schuldig, von sich aus zu berichten.

Herr **Lipinski** stellte fest, dass dem Antrag der SPD-Fraktion zur Tagesordnung mit der Information der Verwaltung Rechnung getragen wurde. Er lehnte es entschieden ab, auf den Vorwurf der Absprache zwischen Verwaltung und Mehrheitsfraktion einzugehen.

Herr **Diederichs-Späh** berichtete von großen Schlaglöchern und freiliegenden Bewährungen und erkundigte sich nach dem Zeithorizont.

Herr **Baudrexl** wies darauf hin, dass die Verwaltung auf Grundlage des vorliegenden Gutachtens einen Vorschlag für die Zukunft machen werde. Da für einen Parkhausbau keine Fördermöglichkeiten bestünden, sei dies in erster Linie eine Frage der Finanzierbarkeit. Dazu seien Aussagen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2009 zu treffen. Vorschläge seien zu diskutieren und Prioritäten zu setzen.

Frau **Dyduch** verdeutlichte die wichtige Bedeutung des Parkhauses für die Innenstadt. Es werde gut frequentiert und sei ausgelastet. Es sei wichtig, dieses Problem baldmöglichst aufzugreifen.

Herr **Hasler** sprach an, dass die Presseberichterstattung zum Parkhaus Kämerstraße einen Tag nach der Ratssitzung erfolgt sei. Er hinterfragte, weshalb es eines Antrages einer Fraktion bedürfe, damit die Verwaltung dazu in den politischen Gremien berichte. Des Weiteren unterstellte er, dass bei einem Antrag der CDU nicht dazu berichtet worden wäre.

Herr **Baudrexl** erwiderte, dass in dieser medialen Welt viele Themen aufgegriffen und direkt nachgefragt werden. Entsprechende Presseanfragen wurden beantwortet und es folgte eine diesbezügliche Presseveröffentlichung. Die Verwaltung habe das Thema erst im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2009 ansprechen wollen. Die Verwaltung habe es nicht in der Hand, wann und zu welchen Themenbereichen die Fraktionen Anträge einreichen. Darüber hinaus, so versicherte er, erhielten alle Fraktionen Antworten auf Anfragen – immer.

Bei der aufgegriffenen Problematik „Parkhaus Kämerstraße“, so erläuterte Herr **Kissing**, seien drei Aspekte zu berücksichtigen. Das Parkhaus Kämerstraße sei mit 200 Stellplätzen das größte Parkhaus im Zentrumsbereich und habe dadurch eine hohe Priorität mit Blick auf die Parksituation in der Innenstadt. Darüber hinaus sei die wirtschaftlichste Lösung und nicht unbedingt die billigste Lösung anzustreben. Des Weiteren sei die Frage der Finanzierbarkeit zu prüfen.

Herr **Lipinski** beendete die Diskussion mit dem Hinweis, dass die Verwaltung dem Antrag der SPD-Fraktion durch Erteilung der Sachstandinformation entsprochen habe.

Zu TOP 4.

Folgen des neuen Ökostrom-Tarifs der GSW für die Stadt Kamen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 28.08.2008

Eingangs erläuterte Herr **Kühnapfel** den vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Grundsätzlich werde das Prinzip „Ökostrom“ als gut und sinnvoll bewertet. Bisher sei in erneuerbare Energien investiert worden, jetzt solle in „Wald“ investiert werden. Er nahm Bezug auf die Stellungnahme seiner Fraktion in der Presse zu dieser Thematik. Bisher seien darauf keine Reaktionen von den GSW und der Stadt Kamen erfolgt. Im Rahmen des eingereichten Antrages bat er um Erteilung der angefragten Auskünfte.

Dazu führte Herr **Baudrexl** aus, dass sich die GSW als kommunales Unternehmen genauso wie andere Energieanbieter im Rahmen des Wettbewerbes der Marktsituation angepasst habe. Die Stadt Kamen werde, wie auch die Stadt Bergkamen sowie die Gemeinde Bönen, dieses Vorhaben unterstützen. Bei der für das Projekt ausgewählten Fläche handele es sich um eine Stilllegungsfläche mit einer Größe von ca. 3.500 qm, die zwischen dem Friedhof und der Münsterstraße liege. Die Fläche sei im städt. Eigentum und bliebe es auch nach Umsetzung der Maßnahme. Die Kosten für die Aufforstung würden von den GSW erstattet. Er sah keine Probleme darin, dass die Stadt Kamen die Fläche zur Verfügung stellt und die Pflege übernimmt. Auch in Bezug auf weitere Verfügbarkeiten von Flächen bestehen nach seiner Einschätzung keine Bedenken.

Zu TOP 5.

Investitionspakt zur energetischen Erneuerung sozialer Infrastruktur in den Gemeinden in Nordrhein-Westfalen
Information zum Förderprogramm, Projektanmeldungen der Stadt Kamen sowie Beschlussfassung zu den angemeldeten Projekten

Herr **Baudrexl** verwies auf die vorliegende Beschlussvorlage, die bereits ausführlich im Schul- und Sportausschuss am Vortag beraten wurde.

Herr **Kissing** erklärte, dass dem Beschluss im Schul- und Sportausschuss zugestimmt wurde. Er wolle keine Kritik an der Arbeit der Verwaltung üben. Vielmehr kritisiere er die zu späte Informationsweitergabe an die Politik. Darüber hinaus sei über die Frage der Priorisierung und Auswahl der Objekte keine Einflussmöglichkeit durch die Politik gegeben worden. In diesem Zusammenhang kritisierte er ebenfalls die Abweichungen zwischen den Aussagen des Energieberichtes zu den Kosten der unaufschiebbaren Maßnahmen am Gymnasium (S. 152, 700 T€) und den nunmehr in der vorliegenden Beschlussvorlage bezifferten Kosten. Weshalb nicht von vornherein die mittelfristig erwarteten Kosten beziffert worden seien, hinterfragte er. Er warf der Verwaltung vor, die Zahlen bewusst auf niedrigem Niveau dargestellt zu haben. Auch Herr Brüggemann habe dazu in der Sitzung des Schul- und Sportausschusses nicht informiert. Ebenfalls sei in diesem Zusammenhang über die Ausweisung von 3 Sanierungsgebieten zu entscheiden. Hierzu bat er die Verwaltung um Stellungnahme zu den Auswirkungen der Sanierungssatzungen insbesondere für Grundstückseigentümer.

Nochmals verwies Herr **Baudrexl** auf die bereits intensive Beratung dieses

Tagesordnungspunktes im Schul- und Sportausschuss. Die von Herrn Kissing geäußerte Kritik werde er mitnehmen. Das nochmalige Aufgreifen der bereits geführten Diskussionen an dieser Stelle bewertete er als nicht zielführend.

Herr **Eckardt** war der Meinung, dass die Verwaltung nicht die Verantwortung für die zeitlichen Abläufe trage. Unterlagen zur energetischen Beurteilung der städt. Gebäude lagen vorher nur teilweise und in unterschiedlicher Qualität vor. Die Verwaltung habe in der Kürze der Zeit das erarbeitet, was möglich war. Eine Diskussion der Standorte sei erfolgt. Herr Brüggemann habe dies detailliert im Schul- und Sportausschuss nachgewiesen. Die Ausweisung von Sanierungsgebieten sei eine der Förder Voraussetzungen. Darüber hinaus werde bei den Sanierungsgebieten das vereinfachte Verfahren angewandt, welches die Auswirkungen für die Grundstückseigentümer sehr begrenze. Die Verwaltung habe sich um die Förderung beworben und damit richtig gehandelt. Darüber hinaus sei der von der CDU-Fraktion eingereichte Erweiterungsantrag durch Verfristung als hinfällig zu sehen. Die Verwaltung habe gut und richtig gearbeitet. Seine Fraktion werde den Beschlussvorschlägen voll zustimmen.

Sodann erläuterte Herr **Baudrexl** ausführlich die der Antragstellung vorangegangenen Zeitabläufe. Am 13.06.2008 fand eine Veranstaltung bei der Bezirksregierung statt, in der erste Informationen zum Förderprogramm gegeben wurden. Die Förderrichtlinien, die Grundlage für die Antragstellung sind, wurden später nachgereicht. Die Verkündung dieser erfolgte erst im Ministerialblatt am 08.08.08. Er habe in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 17.06.2008 bereits im Rahmen des Tagesordnungspunktes „Umbaumaßnahme Rathaus – Fassade“ den Hinweis gegeben, dass diese Maßnahmen nicht in die Förderkulisse passe und die Verwaltung derzeit die Fördermöglichkeit für andere energetische Maßnahmen prüfe. Die Verwaltung habe sich engagiert der Aufgabe gestellt. Ein Konzept war zu erstellen. Es waren u. a. unter hohem Zeitdruck weitere Gutachten für die Antragstellung einzuholen. Die Antragsfrist endete am 29.08.2008. Die Ausweisung von Sanierungsgebieten sei eine der Förderzugänge und u. a. maßgeblich im Rahmen der Priorisierung.

Zu TOP 5.1.
086/2008

Objektbeschluss Gymnasium

Beschlussempfehlung:

Am Schulstandort Gymnasium mit den Gebäuden Schule –Altbau, Hausmeisterwohnung, Turn- u. Gymnastikhalle, Sporthalle Ängelholmer Straße und Jahnstadion – Umkleidekabinen - soll in den Jahren 2008, 2009, 2010 und 2011 eine energetische Sanierung mit einem Volumen von ca. 6 Mio. € durchgeführt werden; vorausgesetzt wird für die Umsetzung und Durchführung dieser Maßnahme in diesem Zeitraum eine Landesförderung aus dem Förderprogramm Investitionspakt zur energetischen Erneuerung sozialer Infrastruktur vom 21.05.2008 und eine Förderung aus Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Programm 156 – Finanzierung der energetischen Sanierung von Schulen, Schulsporthallen, Kindertagesstätten und Gebäuden der Kinder- und Jugendarbeit -

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.2.
087/2008

Objektbeschluss Brüder-Grimm-Schule

Beschlussempfehlung:

Am Betreuungs- und Schulstandort Brüder-Grimm-Schule mit den Gebäuden Schule, Turnhalle und Kindertagesstätte soll in den Jahren 2008, 2009, 2010 und 2011 eine energetische Sanierung mit einem Volumen von 2.105.168 € durchgeführt werden; vorausgesetzt wird für die Umsetzung und Durchführung dieser Maßnahme in diesem Zeitraum eine Landesförderung aus dem Förderprogramm Investitionspakt zur energetischen Erneuerung sozialer Infrastruktur vom 21.05.2008 und eine Förderung aus Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Programm 156 – Finanzierung der energetischen Sanierung von Schulen, Schulsporthallen, Kindertagesstätten und Gebäuden der Kinder- und Jugendarbeit.-

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP
6./7./8.

Erlass von Sanierungssatzungen

Der zu Tagesordnungspunkt 6 sowie zu Tagesordnungspunkt 8 vorliegende Antrag der CDU-Fraktion zur Ausweisung von Sanierungsgebieten vom 09.09.2008 wurde als Tischvorlage verteilt (Antrag s. Anlage 1 zur Niederschrift).

Im Vorfeld informierte Herr **Baudrexl** zunächst über das Instrument der Ausweisung von Sanierungsgebieten im Allgemeinen. Er erinnerte an die Ausweisung des Sanierungsgebietes „Kamen Innenstadt IV“ im Rahmen der „Wohnumfeldverbesserung nördlicher Stadtkern/Willy-Brandt-Platz“. Grundsätzlich bestehen auch für die nachfolgend zu besprechenden Sanierungsgebiete ähnliche Ausgangssituationen. Die vorgeschlagenen Bereiche beinhalten alle, nach derzeitigem Stand im Rahmen der mittelfristigen Planung anstehenden, städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen. Zu erwähnen seien insbesondere die Umgestaltung Bahnhofsumfeld, Öffnung der Seseke zur Innenstadt, Nebenzentren Kamen-Methler sowie Stadtteilzentrum Kamen-Heeren. Der Erlass von Sanierungssatzungen ist maßgebliche Voraussetzung für den Förderzugang im Rahmen der Zuwendungen der Städtebauförderung. Die Verwaltung habe vorsorglich auch den Bereich Gartenplatz mit einbezogen. Hier beabsichtigt das Westfälische Amt für Denkmalpflege eine denkmalwerte Einstufung des Bereiches im Rahmen einer Denkmalbereichssatzung. Im fürsorglichen Interesse der Grundstückseigentümer werde durch die Einbeziehung ein möglicher Zugang zu Fördermitteln aus dem Bereich der Denkmalpflege vorsorglich geschaffen. Auch die im Rahmen des Investitionspaktes beantragten Fördermaßnahmen befinden sich innerhalb der Sanierungsgebiete. Das vereinfachte Verfahren gem. § 142 Abs. 4 BauGB wird angewandt. Die „besonderen sanierungsrechtlichen Vorschriften“, die u. a. die Bemessung von Ausgleichs- und Entschädigungsleistungen sowie Beschränkungen für die Eigentümer im Rahmen von Grundstücksveräußerungen beinhalten, finden keine Anwendung. Nachteile für private Eigentümer könne er nicht entdecken.

Herr **Liedtke** ergänzte hierzu, dass die Verwaltung bewusst die Anwendung des vereinfachten Verfahrens gewählt habe. Des Weiteren wies er darauf hin, dass Aufhebungen von Sanierungssatzungen durch entsprechende Beschlüsse des Rates möglich seien.

Herr **Ebbinghaus** merkte an, dass die Ausweisung des Sanierungsgebietes Innenstadt IV im Rahmen der Wohnumfeldverbesserung nördlicher Stadtkern/Willy-Brandt-Platz durchaus positiv zu beurteilen sei.

Zum Antrag der CDU-Fraktion zur Veränderung des Geltungsbereiches von Sanierungssatzungen teilte Herr **Liedtke** mit, dass dieses grundsätzlich durch entsprechende Beschlussfassung des Rates möglich sei. Es müsse jedoch auch Sinn machen. In diesem Zusammenhang wies er auf die Antragsfrist zum Investitionspakt zum 29.08.2008 hin.

Herr **Eisenhardt** begründete den Antrag der CDU-Fraktion dahingehend, dass auch das Schulzentrum Gutenbergstraße sowie die Käthe-Kollwitz-Schule weitere Schwerpunkte für die energetische Erneuerung darstellen sollen und daher eine Erweiterung der Sanierungsgebiete erfolgen sollte. Er sah darin ebenfalls einen Vorteil bei einer möglichen Fortschreibung des Förderprogramms. Ihm ginge es hierbei insbesondere um die Feststellung eines Bedarfs auch für diese, noch nicht berücksichtigten, Schulen.

Frau **Dyduch** verwies auf die bereits geführte Diskussion im Schul- und Sportausschuss am 10.09.08. Insgesamt seien weitere Projekte nicht ausgeschlossen, da Erweiterungen des Sanierungsgebietes grundsätzlich möglich seien und bei Neuauflage des Programms noch weitere Anträge gestellt werden könnten. Darüber hinaus wies sie darauf hin, dass die Schulentwicklung 2009/2010 abzuwarten sei und auch dies in Überlegungen mit einzubeziehen sei.

Herr **Baudrexl** verdeutlichte, dass durch die Vorgabe der Energieeinsparverordnung durchaus weitere energetische Sanierungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden durchzuführen sind. Die Thematik an sich sei nicht abgeschlossen. Prioritäten seien unter Berücksichtigung u. a. des Investitionsprogramms, des Energieberichts sowie des Schulgutachtens zu setzen. Nach derzeitigem Stand sei die Abgrenzung der Sanierungsgebiete gerechtfertigt. Er warnte vor voreiligem Aktivismus. Gerade in Bezug auf das Schulzentrum Gutenbergstraße lägen noch keine detaillierten Informationen zum Umfang der notwendigen Aufwendungen vor. Es zeichne sich jedoch ab, dass das benötigte Finanzvolumen nicht ohne weiteres kurzfristig aufzubringen sei. Für vorliegenden Anträge wurde ein Maßnahmenbeginn in 2008 gefordert. Insoweit solle eine realistische Betrachtungsweise erfolgen. Er bat darum, die weitere Entwicklung abzuwarten und ggf. bei Neuauflage des Förderprogramms weitere Projekte vorzuschlagen und zu priorisieren.

Herr **Eckhardt** sah keine Sinnhaftigkeit in dem vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion. Seine Fraktion werde diesen Antrag ablehnen.

Herr **Kloß** beklagte sich über die nervige Diskussion und merkte an, dass sich das Umfeld durch Sanierungsmaßnahmen grundsätzlich verbessere.

Herr **Kissing** bezeichnete den Antrag seiner Fraktion als zukunftsgerichtet. Er bat um Abstimmung des Antrages.

Herr **Nathmann** erkundigte sich, weshalb der Bereich Märkische Straße / ehemals PLUS nicht einbezogen wurde. Dort sei ein Leerstand.

Herr **Lipinski** wies darauf hin, dass es sich um einen privaten Besitz handele und keine Notwendigkeit des Einmischens bestünde.

Zu TOP 6.
078/2008

Erlass einer Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Kamen Innenstadt V" der Stadt Kamen

Antrag der CDU-Fraktion

Beschluss:

Das Sanierungsgebiet „Kamen Innenstadt V“ wird um den Schulstandort „Schulzentrum Gutenbergstraße“ erweitert.

Abstimmungsergebnis: bei 7 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Beschlussempfehlung:

Die Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Kamen Innenstadt V“ der Stadt Kamen wird entsprechend dem beiliegenden Entwurf der Verwaltung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 7.
079/2008

Erlass einer Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Methler Nebenzentrum" der Stadt Kamen

Beschlussempfehlung:

Die Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Methler Nebenzentrum“ der Stadt Kamen wird entsprechend dem beiliegenden Entwurf der Verwaltung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 8.
080/2008

Erlass einer Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Heeren-Werve Stadtteilzentrum" der Stadt Kamen

Antrag der CDU-Fraktion

Beschluss:

Das Sanierungsgebiet „Heeren-Werve Stadtteilzentrum“ wird um den Schulstandort „Käthe-Kollwitz-Schule“ erweitert.

Abstimmungsergebnis: bei 7 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Beschlussempfehlung:

Die Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Heeren-Werve Stadtteilzentrum“ der Stadt Kamen wird entsprechend dem beiliegenden Entwurf der Verwaltung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 9.

Entwicklung von Logistikflächen im Ostfeld (Bergkamen)
Antrag der CDU-Fraktion vom 28.08.2008

Herr **Kissing** begründete den Antrag der CDU-Fraktion. Er ging dabei detailliert auf verkehrliche Auswirkung ein, wie z. B. höheres Verkehrsaufkommen durch den Betrieb eines Logistikdienstleisters, fehlender Radweg im Kreuzungsbereich Hilsingstraße/Mühlenstraße, fehlende Querungsmöglichkeit im Bereich Hilsingstraße/Töddinghauser Straße, Mängel bei der Kreuzung Am langen Kamp/Lünener Straße (kein durchgängiger Radweg). Insbesondere bat er darum, diese Punkte in Gesprächen mit der Nachbargemeinde einzubeziehen und in diesem Rahmen Lösungen der verschiedenen verkehrlichen Probleme zu erarbeiten.

Frau **Dyduch** zeigte sich verwundert, dass die CDU-Fraktion, zumal diese in 2006 das Projekt positiv begleitet habe, erst jetzt, nachdem bereits viele Abstimmungsgespräche mit Verwaltung, Bürgerinitiative und Bürgern stattfanden, ein „neues Fass“ aufmache. Berichte und Informationen seien im Rahmen der Veranstaltungen mit der Bürgerinitiative sowie im Wirtschaftsausschuss bereits gegeben worden. Die weitere Begleitung sollte durch die Verwaltungen der Städte Kamen und Bergkamen erfolgen. Entsprechende Abstimmungsgespräche werden sehr begrüßt. Sie sah keinen Bedarf für diesen nunmehr vorliegenden Antrag.

Herr **Kühnapfel** stimmte den Ausführungen von Frau Dyduch zu. Alle Problempunkte seien ausführlich diskutiert worden und seit langer Zeit bekannt. Seine Fraktion sei nach wie vor gegen das Projekt, auch insbesondere wegen der katastrophalen verkehrlichen Situation (Verkehrsdichte, Ampelschaltung, Radverkehr,...).

Herr **Kissing** erklärte, dass seine Fraktion der ersten Stellungnahme

zugestimmt habe. Insgesamt hätte der Diskussionsprozess zu guten Ergebnissen geführt. Mit diesem vorliegenden Antrag habe seine Fraktion keine neuen Gedanken aufgreifen, sondern lediglich an bestehende Problembereiche erinnern wollen. Damit verbunden sei die Bitte an die Verwaltung, diese Problematiken in den Gesprächen mit der Nachbarkommune Bergkamen aufzugreifen.

Herr **Kloß** erinnerte daran, dass seine Fraktion bereits 2006 Hinweise auf notwendige Querungshilfen, Radwege, Bürgersteige, gegeben habe und bat darum, auch diese Kritikpunkte zu berücksichtigen.

Herr **Baudrexl** wies darauf hin, dass der Bürgermeister intensiv in den Moderationsprozess eingegriffen habe und insbesondere mehrfach öffentlich zugesagt habe, dass auch verkehrliche Probleme aufgegriffen würden. Ziel sei es, eine Optimierung und Verbesserung auch in verkehrlicher Sicht zu erreichen. Die Verwaltung sehe sich hier in der Verantwortung.

Beschluss:

Die Verwaltung der Stadt Kamen wird gebeten, in dem Planungsprozess der Entwicklungsflächen Ostfeld die verkehrliche Situation zu thematisieren und in dem aufgezeigten Sinne die notwendigen Gespräche über die Verkehrssituation zu führen.

Abstimmungsergebnis: mit 7 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP 10.
085/2008

- Aufhebung der 12. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Bergkamen im Stadtteil Weddinghofen
- Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. WD 102 "Gewerbepark an der "B 61-Ostfeld"
- 25. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Bergkamen im Stadtteil Weddinghofen
- Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. WD 116 "Logistikpark A 2" hier: Stellungnahme der Stadt Kamen im Rahmen der Beteiligung der Nachbargemeinden nach § 2 (2) BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Herr **Liedtke** beantwortete anhand des vorliegenden Planes die Fragen des Herrn **Diederichs-Späh** zu Bauhöhen und Landschaftsbild.

Frau **Dyduch** erinnerte an die vorangegangene Entwicklung und betonte, dass jede Fraktion sich für die Belange der Kamener Bürgerinnen und Bürger eingesetzt habe. Die Lösung konnte nur ein Konsens sein. Besondere Anerkennung gelte auch der Bürgerinitiative für die Hartnäckigkeit und das Engagement. Auch die gute Begleitung durch die Verwaltung sei hervorzuheben. Insgesamt gehe es nunmehr um die planungsrechtliche Stellungnahme. Auch die Ziele der Stadt Bergkamen seien anzuerkennen.

Herr **Kühnapfel** erinnerte, dass nach der zunächst positiven Reaktion bezüglich der Schaffung von Arbeitsplätzen ein Wandel im Prozess eingetreten sei. Im Ergebnis liege ein nunmehr besseres Konzept mit Bemühen von Bürgerinitiative und Bürgermeister vor. Seiner Meinung nach immer noch ein „fauler Kompromiss“. Die planungsrechtliche

Stellungnahme gebe alles wieder, was in diesem Rahmen möglich sei. Die Ablehnung seiner Fraktion gegen das Gesamtprojekt bleibe bestehen. Es entstünde immer noch ein Monster-Gewerbegebiet zu Lasten der Kamener. Insbesondere Probleme wie Feinstaub, Verkehre und Artenschutz seien noch nicht abschließend gelöst.

Herr **Kloß** lobte insbesondere das Wirken der Bürgerinitiative und begrüßte den Wandel im Planungsprozess, der eine erhebliche Verbesserung zur Eingangssituation darstelle. Den erzielten Kompromiss beurteilte er als tragfähig. Seine Fraktion werde der Beschlussvorlage zustimmen.

Herr **Baudrexl** wies auf die intensive Begleitung des gesamten Moderationsprozesses durch die Verwaltung und insbesondere auch den Bürgermeister hin. Auch der Investor habe durch die Berücksichtigung der Belange der Bürgerinnen und Bürger, wie auch die Wirtschaftsförderung des Kreises Unna und die Stadt Bergkamen Beiträge zum erfolgreichen Kompromiss geleistet. Alle hätten sich eine andere Flächenentwicklung gewünscht. Übergeordnete Planungen (GEP/FNP) könnten jedoch nicht ignoriert und umgangen werden.

Herr **Kissing** bezeichnete den Gesamtprozess als „Planung durch Kommunikation“. Seine Fraktion freue sich über die Gewerbeansiedlung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze und stimme der vorliegenden Beschlussvorlage zu.

Beschluss:

Der Planungs- und Umweltausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt die Stellungnahme der Stadt Kamen im Rahmen der Beteiligung der Nachbargemeinden nach § 2 (2) BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) und (2) BauGB.

Abstimmungsergebnis: mit 2 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 11.
081/2008

Technopark, Herbert-Wehner-Straße/Konrad-Zuse-Straße:
Umbau weiterer Baumreihen

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 12.

Bauvorhaben im Stadtgebiet
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Baudrexl** informierte ausführlich über die Entwicklung der Fläche „Im Autopark“. Die Fa. Hülpert habe ihre Planung aufgegeben. Die Verwaltung habe ihr Missfallen über diese Entwicklung zum Ausdruck gebracht und einen Rückkauf angeboten. Zwischenzeitlich seien auch unpassende Ansiedlungsversuche von innenstadtschädlichen Einzelhandelsprojekten durch die Verwaltung aus planungsrechtlichen Gründen abgewiesen worden. Nunmehr wolle die Fa. Hülpert die Flächen an einen Investor veräußern. Es seien der Verwaltung erste Planungen und ein Nutzungskonzept vorgestellt worden. Der Investor habe Gespräche mit mehreren

Kamener Gewerbeunternehmen aus dem produzierenden Bereich geführt. Darüber hinaus sehe das Konzept die Ansiedlung von folgenden Firmen/Bereichen vor:

- Premio (Reifenservicestation)
- Dekra (Service-Station)
- Carglas
- Tankstelle mit Reinigungsservicestation
- Fa. Hartmann (Groß- u. Einzelhandel, Verwaltungssitz Deutschland – der Standort an der Henry-Everling-Straße soll als Lagerfläche beibehalten werden)
- Drive-In-Bäckerei

Ein entsprechender Lageplan wurde gezeigt. Nach derzeitigem Stand sollen die Bauanträge in absehbarer Zeit eingereicht werden. Die noch verbleibende Restfläche solle ebenfalls zeitnah vermarktet werden. Er betonte nochmals, dass sich der neue Investor an das geltende Planungsrecht halte. In zahlreichen Gesprächen sei deutlich geworden, dass hier positiv mit der Verwaltung zusammengearbeitet werde.

Frau **Dyduch** bewertete die vorgestellten Planungen positiv. Sie erkundigte sich, wie realistisch die Ansiedlung eines produzierenden Gewerbebetriebes in dem Bereich einzustufen sei. Darüber hinaus fragte sie an, mit welcher Intensität sich der Investor um die Entwicklung der Restfläche bemühe.

Herr **Baudrexl** erläuterte, dass in Bezug auf die Ansiedlung eines Produktionsbetriebes sicherlich finanzielle Abstriche des Investors erforderlich seien. Die Bereitschaft dazu sei signalisiert worden. Konkrete Verhandlungen würden derzeit geführt und der Investor sei seinerseits ernsthaft um eine Realisierung bemüht. In Anbetracht der Gesamtfläche sei eine Vermarktung „in einem Rutsch“ als unrealistisch einzustufen. Insgesamt müsse der Bereich ein neues Image finden. Der erste Schritt sei nunmehr durch die dargestellte Entwicklung getan.

Zum Bauvorhaben „Zollpost“ (ehemals IKEA) bemerkte Herr **Baudrexl**, dass hier niemals ein Stillstand gewesen sei. Es gab viele Interessenten für eine Ansiedlung. Der Entwicklungsprozess wurde durch die Stadt Kamen intensiv begleitet. Teilweise differierten die Preisvorstellungen, teilweise wurde die Bausubstanz kritisch gesehen. Nunmehr beabsichtige Praktiker auf diese Fläche umzusiedeln. Abriss des Gebäudes und Neubau seien geplant. Eigentümer bleibe IKEA. Praktiker werde Mieter. Die geplante 8.200 qm große SO-Fläche entspreche dem Planungsrecht. Derzeit seien die Verträge ausgehandelt. Die Bauvoranfrage der Fa. Praktiker sei in der vorangegangenen Woche positiv beschieden worden. Heute wurde der Abrissantrag gestellt. Ein zügiger Nutzungswechsel werde erwartet. Unter Begleitung der Stadt Kamen soll die Erschließung Zollpost durch einen neuen Kreisverkehr neu geordnet und optimiert werden. Mit Beteiligung von IKEA, Praktiker und Kaufland soll die Umsetzung der neuen Erschließung in Form von privaten Investitionen umgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang regte Herr **Kissing** an, über Anbindungs-/Verknüpfungsmöglichkeiten zum LSZ nachzudenken.

Herr **Liedtke** erläuterte sodann die Planungen für den Altstandort Hülpert an der Unnaer Straße. Hier liege der Verwaltung ein Bauantrag mit Nutzungsänderung vor. Die AWO beabsichtigt die Halle im Wesentlichen für den Möbelverkauf und den Kostümverleih zu nutzen. Darüber hinaus

soll eine Apotheke betrieben werden. Die Verwaltung habe zu diesen Projekten eine Genehmigung in Aussicht gestellt.

Für die Restfläche wurden der Verwaltung Projektpläne für „Seniorenwohnen“ bekannt. Ein solches Projekt an diesem Standort werfe jedoch noch viele offene Fragen auf (z. B. Lärm, Stellplätze, Altlasten). Erste Entwürfe sahen eine sehr massive, 3-geschossige Bebauung vor. So etwas werde sich nur schwer in die vorhandenen Bebauung einfügen. Die Planungen würden intensiv von der Verwaltung begleitet. Es sei nach derzeitigem Stand nicht auszuschließen, dass noch ein Bebauungsplanverfahren einzuleiten sei. Eine entsprechende Koordinierung und Begleitung erfolge zu gegebenen Zeit durch den Planungs- und Umweltausschuss. Die weitere Entwicklung sei derzeit noch offen. Die Verwaltung strebe jedoch ein qualifiziertes Verfahren an.

Zum Baudenkmal „Bahnhofstraße 1“ (Kümper) berichtete Herr **Liedtke**, dass in der kommenden Woche mit den Bauarbeiten begonnen werde. Die Sanierung der Fassade und der Innenumbau wurden und werden denkmalrechtlich und denkmalpflegerisch durch die Verwaltung begleitet. Die entsprechende Benehmensherstellung mit dem Westfälischen Amt für Denkmalpflege wurde hergestellt. Ende dieser Woche werde die denkmalrechtliche Erlaubnis erteilt.

Zu TOP 13.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

13.1 Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung ergaben sich nicht.

13.2 Anfragen

Herr **Kasperidus** informierte darüber, dass der Gehweg Heerener Straße im Bereich zwischen Friedhof und Mittelstraße durch starke Grünüberhänge nicht nutzbar sei. Des Weiteren teilte er mit, dass die Bepflanzung am Kreisel Heerener Straße/Bergstraße extrem stark zurückgeschnitten wurde und fragte nach einer Neubepflanzung. Darüber hinaus erkundigte er sich ob im Bereich der Mittelinsel neue Bäume gepflanzt würden.

Frau **Dyduch** regte eine Aufstockung der Fahrradständer in der Innenstadt (Bereiche Brunnen am alten Markt / Hertie) an.

Dazu erklärte Herr **Liedtke**, dass der Fahrradverkehr insgesamt zugenommen habe und hier eine positive Entwicklung zu verzeichnen sei.

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich, ob im Rahmen der Baumaßnahme am Kunstrasenplatz in Methler das Umkleidegebäude so angeordnet werden könne, damit sich ein Sicht- und Schallschutz für die Anwohner der Jahnstraße ergebe.

Herr **Liedtke** sagte eine Prüfung dieser Frage zur nächsten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses zu.

Herr **Diederichs-Späh** wies auf den Zustand des Koba-Geländes an der Otto-Prein-Straße hin (Vermüllung u. Überwucherung des Gehweges).

Herr **Hasler** erkundigte sich, ob in Bezug auf den geplanten Erwerb der

„Waschkehrmaschine“ inzwischen die in der Erprobungsphase aufgetretenen „Kinderkrankheiten“ behoben wurden.
Dazu berichtete Herr **Baudrexl**, dass die eingesetzte Waschkehrmaschine eine gute Reinigungseffektivität habe und die Erwartungen erfülle. Zwischenzeitlich sei sie in Frankreich überarbeitet worden und zeige gute Ergebnisse. Zudem gebe es keine weitere Alternative. Die Verwaltung habe sich für den Kauf entschieden. Eine Absicherung von Mängeln sei durch die vorhandene Gewährleistung der Firma gegeben.

Herr **Kloß** stellte den Antrag, regelmäßig über die Anwendung der Baumschutzsatzung zu berichten.
Dazu erklärte Herr **Baudrexl**, dass die Verwaltung halbjährlich eine entsprechende Übersicht als Anlage zum Protokoll des Planungs- und Umweltausschusses versende (s. Anlage zur dieser Niederschrift!).
Der Antrag wurde gegenstandslos.

Auf Nachfrage von Herrn **Pinkus** zu Dreikantschrauben in Bäumen am Sesekedamm/Mersch erläuterte Herr **Liedtke**, dass es sich um Baummarkierungen im Rahmen der katastermäßigen Erfassung der Bäume im Stadtgebiet handele.

Herr **Kissing** erkundigte sich über den Sachstand zur Aufgabe der Autobahnpolizeistation an der Dortmunder Allee.

Diesbezüglich liegen der Verwaltung derzeit keine neuen Informationen und Planungen vor, so berichtete Herr **Liedtke**. Der neue Standort sei gesetzt. Das Land als Bauherr habe das bauaufsichtsrechtliche Verfahren an die Bezirksregierung übertragen. Die Stadt werde im weiteren Verfahren als Träger öffentlicher Belange beteiligt. Der Planungs- und Umweltausschuss werde über den weiteren Sachstand zu gegebener Zeit informiert.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen und Anfragen ergaben sich nicht.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung entfällt

Herr **Lipinski** schloss die Sitzung um 20.30 Uhr.

gez. Lipinski
Vorsitzender

gez. Liedtke
Schriftführer